

## **Rede zum Kongress „Bauen für die Zukunft – nachhaltig und energieeffizient“ auf der Bau 2009 am 12. Januar 2009 in München**

**Günter Verheugen**  
Vizepräsident und EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie

Herr Bundesminister, lieber Wolfgang Tiefensee,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als ich die Einladung zum Besuch dieser Messe und zu diesem Kongress angenommen habe, schon vor längerer Zeit, da dachte ich: Das wird eine willkommene Gelegenheit, noch einmal Richtung, Tempo und Tiefe der notwendigen industriellen Revolution, der dritten industriellen Revolution in Europa darzustellen und die Schlüsselrolle der Bauwirtschaft für das Gelingen dieser Revolution zu unterstreichen. Daran hat sich auch nichts geändert. Der Rundgang heute Morgen hat mir gezeigt, dass meine Annahme richtig war und dass wir die Bauwirtschaft brauchen, wenn wir die Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft schaffen wollen.

Aber es ist etwas dazugekommen. Ich kann heute nicht nur reden über die Schlüsselrolle, die die Bauwirtschaft bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Zukunft Europas spielt, sondern ich muss auch etwas sagen über die Rolle der Bauwirtschaft bei der Bewältigung der Probleme in der wirtschaftlichen Gegenwart. Wolfgang Tiefensee hat schon auf einige Aspekte hingewiesen. Wir sollten uns nicht mit ökonomischen Horrormeldungen und Weltuntergangsszenarien selbst immer tiefer in die Krise hineinreden, sondern uns der Tatsache bewusst sein, dass wir besser gerüstet sind als in der Vergangenheit, damit umzugehen. Die Krise, mit der wir es zu tun haben, hat sehr viele politisch-psychologische Facetten und nicht nur rein ökonomische. Die ökonomische Ursache, wie Sie alle wissen, lag außerhalb unserer politischen Verantwortung. Diese Krise kommt aus den USA. Man muss das ganz deutlich sagen. Die Verantwortungslosigkeit und Gier von Top-Akteuren des internationalen Finanzgewerbes haben wesentlich dazu beigetragen. Ein einziger Mensch hat andere Leute, die natürlich auch viel Geld verdienen wollten, um glatte 50 Mrd. Dollar zu erleichtern gewusst. Das sind Größenordnungen, die sich ein normaler Mensch gar nicht mehr vorstellen kann. Ich denke, dass bei vielen Finanzdienstleistern eine klare Verletzung der Sorgfalts- und Treuepflichten der Vorstände und auch der Kontrollorgane konstatiert werden muss. Wenn in Bayern der Vorstand einer Kreissparkasse eine Schieflage von, sagen wir mal, 5 Mio. € zu verantworten hätte, wäre die zuständige Staatsanwaltschaft sehr schnell zur Stelle. Wenn die Bayerische Landesbank in einer Größenordnung sich verzockt, zu der wir jeden Tag neue Nachrichten hören- ich denke, wir nähern uns jetzt bereits bei einer Belastung des bayerischen Steuerzahlers in einer Größenordnung von 20 Mrd. - dann erstaunt mich das Schweigen über die Verantwortung sehr. Die Krise der Finanzbranche hat viel schneller und viel radikaler als erwartet die Realwirtschaft ergriffen. Das hat ganz eindeutig psychologische, nicht nur rein

wirtschaftliche Gründe, wie an der Automobilbranche deutlich wird. Warum kaufen die Leute keine Autos, auch wenn sie ein neues Auto brauchen würden? Sie tun es deshalb nicht, weil in Zeiten einer allgemeinen wirtschaftlichen Verunsicherung jeder sich so verhält, dass Investitionen, die nicht unbedingt für erforderlich gehalten werden, zurückgehalten werden. Und im Privathaushalt ist das Auto in einem Zeitraum von einigen Jahren die größte Investition, abgesehen vom Haus natürlich. Das bauen sich die meisten Leute aber nur einmal im Leben, das Auto hingegen kommt alle paar Jahre. Und da wird die Investition nun einfach zurückgestellt um ein oder zwei Jahre, zumal die europäischen Autos ja auch so gut sind, dass es gar keinen so großen Unterschied macht, ob man es ein Jahr länger fährt oder nicht. Es ist schlicht und einfach ein Ergebnis der Verunsicherung, wenn kein neues Auto gekauft wird, obwohl sich die eigenen Einkommens- und Vermögensverhältnisse überhaupt nicht verändert haben und man sich das neue Auto leisten könnte. Darum ist es ja so wichtig, dass die Politik die psychologische Seite dieses Vorgangs richtig erkennt und alles tut, um das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit unseres marktwirtschaftlichen Systems wieder zu stärken. Lassen Sie mich hier mit aller Vorsicht und bei allem Verständnis für das, was im Augenblick überall in Europa diskutiert und getan wird, doch eine vorsichtige Warnung aussprechen:

Wir sollten uns schon bewusst sein, dass die Marktwirtschaft keine reine Schönwetterveranstaltung ist. Und ich bin schon ein bisschen erstaunt darüber, aus welchen politischen Ecken ich inzwischen Plädoyers für die staatliche Lenkung der Wirtschaft höre. Mir scheint dass man das, was wir in den letzten Jahren gelernt haben über Solidität und Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen angesichts bevorstehender Wahlen, zu leichtfertig über Bord geworfen wird. Lassen Sie mich Ihnen das ganz klar sagen: Das Experiment Staatswirtschaft ist nicht nur in Europa, sondern auch sonst in der Welt überall grandios gescheitert. Und es gibt nicht den geringsten Anlass zu glauben, dass der Rückfall in die Staatswirtschaft, der Rückfall in Interventionismus und Protektionismus, die richtige Antwort auf diese Krise wäre. Nein, ich sag Ihnen, die richtige Antwort auf diese Krise ist, unternehmerischer Initiative die richtigen und vernünftigen Rahmenbedingungen zu geben und auf das zu setzen, was europäische Unternehmer zu leisten imstande sind. Darauf kommt es an.

In einer solchen Situation ist es aus zwei Gründen sehr wichtig, dass die europäischen Staaten nicht gegeneinander handeln, sondern miteinander:

1. Damit nicht einer sich auf Kosten des anderen saniert oder einen Vorteil auf Kosten des anderen holt. Das ist ja Gott sei Dank in Europa schon sehr viel schwieriger geworden, seit wir den Euro haben mit den - zum Glück - von Deutschland seinerzeit durchgesetzten strengen Stabilitätskriterien. Das ist auch wichtig, weil das gemeinsame Handeln Europas dazu führt, dass wir auf gleicher Augenhöhe mit den USA und anderen globalen Playern dafür sorgen können, die globalen Rahmenbedingungen zu schaffen, die wir brauchen, um die Weltwirtschaft für die nächsten Jahrzehnte krisenfest zu machen. Meine Damen und Herren, niemand sollte sich Illusionen machen: Wenn in der nächsten Woche der neue amerikanische Präsident sein Amt antritt, werden wir ein Feuerwerk von ökonomischen Maßnahmen erleben, das nur die bei weitem stärkste Volkswirtschaft der Welt sich leisten kann. Es wird großer europäischer Anstrengungen bedürfen, auch weiterhin auf gleicher Augenhöhe mit den Amerikanern für die internationalen Rahmenbedingungen zu sorgen. Wir



haben auf europäischer Ebene gesagt, es sei jetzt notwendig, durch Erhöhung des Ausgabevolumens der nationalen Haushalte eine allgemeine Belebung der Nachfrage in Europa herbeizuführen, und zwar dort, wo die finanziellen Spielräume gegeben sind. Diese wichtige Einschränkung hören viele Leute nicht. Deshalb sage ich es hier noch einmal ganz klar: Exzessive Defizite sind keine Antwort auf die Krise! Es ist keine Antwort auf die Krise, die Verantwortung für das, was wir heute machen müssen, auf die nächsten Generationen zu verlagern. Exzessive Staatsverschuldung ist der Keim zur nächsten Krise. Wenn man also in zusätzliche Ausgabenprogramme geht, dann müssen sie so gestaltet sein, dass unmittelbar nach Eintreten der Belebung der Wirtschaft stärker als ursprünglich geplant die Verschuldung wieder zurückgeführt wird. Dies ist ein absolut zentraler Punkt.

Denken Sie doch bitte an die demografische Entwicklung. Dieses Problem verändert sich ja nicht durch die Krise. Die Kinder, die nicht geboren wurden, wird es auch in dreißig Jahren nicht geben. Das heißt, wir werden die negative demografische Entwicklung, die Deutschland in den nächsten Jahren voll trifft, nicht mehr vermeiden können. Und dann würde eine exzessive Staatsverschuldung eine unerträgliche Last für diejenigen sein, die nach uns kommen.

Im Übrigen bin ich sehr damit einverstanden, was Wolfgang Tiefensee gesagt hat, nämlich dass man notwendige Infrastrukturverbesserungen, die sowieso anstehen, jetzt vorzieht. Und da gibt es eine ganze Menge. Ich würde ein einziges noch hinzufügen: Modernisierung von Infrastruktur nicht nur im Sinne von Verkehr, sondern auch im Sinne von Energie und Kommunikationsnetzen. Wir brauchen in Europa dringend das Breitband, aber auch, wie wir gerade in der letzten Energiekrise gesehen haben, bessere Energienetze. Im Hinblick auf die Lage der Automobilindustrie müssen wir uns auch die Frage stellen, ob es eigentlich wirklich richtig ist, die ganze Last der CO<sub>2</sub>-Reduzierung im Straßenverkehr den Automobilherstellern aufzuerlegen. Das haben wir nämlich gemacht. Wir haben Gesetze in Kraft gesetzt, die das europäische Auto der Zukunft sehr viel teurer machen werden, haben aber nicht dafür gesorgt, dass gleichzeitig durch verbesserte Verkehrsinfrastruktur, intelligente Verkehrsleitsysteme und Ecodriving auch die anderen an der Verschmutzung Beteiligten ihren Beitrag leisten. Wenn es der Bundesregierung gelänge, eine paar intelligente Maßnahmen zu finden, durch Verkehrsleitsysteme und verbesserte Verkehrsinfrastruktur den Co<sub>2</sub>-Austoss zu reduzieren, wäre es ein großer Schritt.

Im Endergebnis aber, meine Damen und Herren, kommt es sehr auf die Leistungsfähigkeit der deutschen und der europäischen Bauwirtschaft an. Wenn es um die Frage der Realisierbarkeit der Milliardenprogramme geht, über die wir reden, mache ich mir übrigens weniger Sorgen. Ich bin sicher, dass die Bauwirtschaft das leisten kann. Ich mache mir vielmehr Sorgen, ob unsere manchmal doch etwas schwerfälligen nationalen und europäischen Verwaltungsapparate das überhaupt schaffen. Ich unterstütze sehr den Gedanken, dass wir die Regeln zwar nicht außer Kraft setzen sollen, aber wir uns immer bewusst sein müssen, dass bestehende Wettbewerbs-, Ausschreibungs- und Verfahrensregeln einen Zweck haben: nämlich denjenigen, ein Projekt unter fairen Wettbewerbsbedingungen möglich zu machen, aber es nicht zu verzögern. Wir sollten alle Flexibilität ausschöpfen, die wir haben. Und ich darf



Ihnen sagen, wir haben eine ganze Menge Flexibilität, um sicherzustellen, dass die Programme und Projekte schnell in Kraft gesetzt werden.

2. Lassen Sie mich damit zu dem zweiten Punkt kommen, zu dem ich noch etwas sagen möchte. Ich habe am Anfang gesagt, dass wir am Beginn einer dritten industriellen Revolution stehen. Die erste industrielle Revolution war das Maschinenzeitalter, die zweite das Kommunikationszeitalter. Die dritte industrielle Revolution wird die Energierevolution sein. Wir müssen unsere gesamte Lebensweise, unsere Produkte und unsere Produktionsverfahren umstellen, und wir werden sie umstellen. Es gilt, das Prinzip der Nachhaltigkeit durchzusetzen und überall zu respektieren, insbesondere im Energiebereich durch Steigerung der Energieeffizienz, durch Reduzierung des Energieverbrauchs, durch einen Übergang zu umweltfreundlichen erneuerbaren Energien, durch Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und ganz allgemein durch die Schaffung der CO<sub>2</sub>-armen Volkswirtschaft; das sind die Ziele, die wir in Europa haben. Gleichzeitig müssen wir die wissensbasierte Gesellschaft und Volkswirtschaft schaffen, wobei sich beide Elemente verstärken und gegenseitig bedingen. Ich habe heute morgen viele Aussteller gesehen, denen völlig klar ist, dass Forschung und Entwicklung, also die Entwicklung neuen Wissens und neuen Könnens, das entscheidendere Erfolgsrezept ist.

Warum wir diesen Übergang zur dritten industriellen Revolution brauchen, versteht sich von selbst. Der Klimawandel und die Notwendigkeit, etwas dagegen zu tun, ist in meinen Augen nur ein verstärkendes, allerdings massiv verstärkendes Element. Es hilft uns, die breite Öffentlichkeit davon zu überzeugen, etwas zu tun, was schon seit langem notwendig war. Unabhängig davon liegt es in unserem Interesse, als Europäer dafür zu sorgen, dass wir unsere Abhängigkeit in der Energieversorgung von den Lieferanten fossiler Energieträger drastisch und schnell reduzieren.

Ich habe heute bei Ihnen sehr beeindruckende technische Lösungen gesehen, die mich sehr bestärkt haben in meiner festen Überzeugung, dass diese dritte industrielle Revolution, diese energiepolitische und ökologische Revolution, die Umstellung der europäischen Industrie auf das nachhaltige Produkt, für Europa selber und für unsere Zukunft der richtige Weg ist und es uns neue große Marktchancen eröffnet. Das sind die technischen Lösungen, auf die die Welt wartet. Wir werden, um ein einziges Beispiel zu nehmen, die großen sich entwickelnden Märkte in China, Indien, Lateinamerika und Russland, nicht dazu bringen, unsere anspruchsvollen umwelt- und klimapolitischen Ziele zu realisieren, wenn wir ihnen nicht zeigen, dass es hierfür einen technisch und ökonomisch vertretbaren Weg gibt. Wir müssen den Chinesen zeigen, dass es möglich ist, gleichzeitig Wohlstand zu mehren und Verantwortung für die Umwelt zu übernehmen. Die Chinesen stehen unter einem enormen Druck. Hunderte von Millionen Menschen, mehr als die ganze Bevölkerung der europäischen Union, sind von dem Wunsch beseelt, ein besseres Leben zu führen. Das kann keine Macht der Welt stoppen. Dass die Kohlekraftwerke CO<sub>2</sub> emittieren, tritt hinter diesem elementaren Wunsch auf ein besseres Leben zurück. Diesen Wunsch zu erfüllen, verlangt ein wirtschaftliches Wachstum in einer überdurchschnittlichen Größenordnung über lange Sicht zu erzeugen.



Sollen gravierende ökologische Folgen vermieden werden, muss dieses Wachstum in nachhaltiger Weise erfolgen.

Ich muss Ihnen ja nichts darüber erzählen, was heute schon alles möglich ist. Das wissen Sie viel besser als ich. Sie wissen auch viel besser als ich, was morgen möglich sein kann. Es ist keine Utopie, dass wir schon bald die ersten Siedlungen haben werden, die so energetisch aufgerüstet sind, dass sie über ihren eigenen Bedarf hinaus Energie erzeugen und ans Netz abgeben können. Das sind gewaltige Perspektiven die von Ihnen, meine Damen und Herren aus der Bauwirtschaft, realisiert werden.

Was kann die Politik tun, um das zu fördern? Minister Tiefensee hat eine ganze Reihe von Maßnahmen genannt, die auf nationaler Ebene bereits ergriffen werden. Ich begrüße das alles sehr. Auf der europäischen Ebene fördern wir diese Programme mit erheblichen Mitteln aus dem europäischen Forschungshaushalt und den Strukturfonds. Die Standards und die Normen sind ebenfalls europäisch. In dem Film, den wir eben gesehen haben, wurde eine ganz zentrale Frage aufgeworfen. Nämlich die Frage, ob wir die Standards für Nachhaltigkeit gesetzlich vorschreiben müssen oder nicht. Ich habe mich mit dieser Frage sehr intensiv befasst. Das Ergebnis, zu dem wir gekommen sind, ist, dass wir für alle Produkte, deren Verwendung eine Auswirkung auf den Energieverbrauch hat, ein europäisches Gütesiegel schaffen. Sie kennen das schon von Haushaltsgeräten, sieben Qualitätsstufen und ein Mindeststandard. Ein Produkt, das den Mindeststandard nicht erreicht, kommt nicht auf den Markt. Das Ergebnis im Bereich von Haushaltsgeräten ist erstaunlich positiv: Die Menschen erkennen, dass es für sie ein Vorteil ist, das normalerweise etwas teurere, aber dafür eben deutlich energieeffizientere Gerät zu kaufen, und sie tun es auch. Wir werden also diese Methode auf sämtliche Produkte anwenden, die Auswirkungen auf den Energieverbrauch haben. Das bezieht z. B. Dämmmaterial, Fenster, Türen und Duschköpfe mit ein. Einige haben gefordert, wir müssten viel weiter gehen und für jedes europäische Produkt ein solches Nachhaltigkeitssiegel vorschreiben, so wie der Vertreter des Umweltbundesamtes in dem eben gesehenen Film. Dies hat mich erstaunt, denn die deutsche Bundesregierung hat sich dem vehement widersetzt, als die europäische Kommission entsprechende Überlegungen angestellt hat. Ich neige immer dazu, der Wirtschaft zunächst die Chance zu geben, ein Problem selber zu lösen. Ich vertraue auf die Vernunft der europäischen Unternehmen und ihre Fähigkeit der Selbstregulierung. Es wird sich nämlich herausstellen, dass Nachhaltigkeit ein entscheidendes Element für das Marketing sein wird. Ein Produkt, das nicht nachhaltig ist, wird sich in Zukunft auf europäischen Märkten nicht verkaufen lassen. Ich denke daher, dass wir die Frage des Nachhaltigkeitsnachweises europäischer Produkte sehr wohl - jedenfalls für die jetzige Zeit - den Herstellern überlassen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Krise, in der wir uns heute befinden, wird vorübergehen. Je entschlossener wir ihr entgegentreten und je weniger wir uns entmutigen lassen, desto schneller werden wir wieder einen Aufschwung verzeichnen können. Aber drei Aufgaben werden bleiben: Wir werden es immer noch zu tun haben mit einer globalisierten Weltwirtschaft, in

der die Anforderungen an unsere Wettbewerbsfähigkeit täglich steigen. Wir werden es immer noch zu tun haben mit einer Entwicklung, in der Klimawandel, die Übernutzung von Ressourcen und der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen nicht nur zu einem ökologischen, sondern immer mehr zu einem ökonomischen Problem werden. Und wir werden es immer noch zu tun haben mit einer demografischen Entwicklung, die dazu führt, dass in den westlichen Industriegesellschaften immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter immer mehr Menschen jenseits oder unterhalb des arbeitsfähigen Alters zu ernähren haben werden. Darum dürfen wir an unserer grundlegenden Strategie nichts ändern. Nur wenn wir besser, schneller und moderner sind als unsere Wettbewerber in anderen Teilen der Welt, werden wir unseren Wohlstand und damit letztlich auch unsere europäische Lebensweise verteidigen können.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.